

Resolution der 6. Sitzung der 16. Kammerversammlung, eingebracht durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Apotheken: Wir sind in tiefer Sorge, denn tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze sind in Gefahr

Wir sind in tiefer Sorge – denn tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze sind in Gefahr.

In den öffentlichen Apotheken arbeiten derzeit nahezu 155.000 hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Apotheker/-in, PTA und PKA – davon 138.000 Frauen (fast 90 %). Diese Angestellten sind das Rückgrat der öffentlichen Apotheke – der Beratungsleistung für täglich vier Millionen Patienten.

Jede Arzneimittelpackung, die statt in der öffentlichen Apotheke via Versandhandel abgegeben wird, schmälert die wirtschaftliche Basis der Apotheke. Um die Verluste zu kompensieren, müssen die „Chefs“ reagieren. Die gesetzlich festgelegte Maximalhöhe bei Einkaufsrabatten lässt Einsparungen an der Einkaufsseite nicht zu. Auch die Vermieter der Apothekenräume werden kaum bereit sein, die Miete zu reduzieren.

Was bleibt sind in vielen Fällen nur Einsparungen beim Personal. Konkret durch niedrigere Gehälter, eine Reduktion der Stundenzahl und insbesondere durch Entlassungen.

Aktuell gibt es in Deutschland noch 20.000 Apotheken „vor Ort“ – wenn auch nur jede dritte Apotheke einen Mitarbeiter entlassen muss, sind dies bundesweit bereits mehr als 6.000 qualifizierte Arbeitsplätze. Betroffen wären primär Frauen, die damit die Chance, wohnortnah und familien-kompatibel arbeiten zu können, verlieren.

Aber anders als bei einem Großbetrieb – wo sich bei ähnlichen Auswirkungen oft die Politik als Vermittler/als „Retter“ anbietet (aktuelles Beispiel: Kaisers Tengelmann) – ist dies für den Apothekenbereich mit seinen inhabergeführten Kleinbetrieben bisher keine politische Option.

Wir appellieren an die Politik, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass

- › die öffentliche Apotheke ihre wirtschaftliche Basis behält
- › und nicht wir – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Apotheken – für das Profit-Denken weniger ausländischer Investoren unsere Arbeitsplätze verlieren
- › ... damit wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes auch weiterhin die gewohnte wohnortnahe Beratungsqualität anbieten können.

Münster, 30. November 2016